



## Eine künftige Strategie für die Industriepolitik der EU

### Tagung des Rates "Wettbewerbsfähigkeit"

Am 29.11.2018 tagte der Wettbewerbsfähigkeitsrat zu Binnenmarkt und Industrie und diskutierte u.a. verschiedene Gesetzgebungsakte (z.B. Verordnungsvorschlag zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten, vgl. gesonderten Beitrag in diesem Wochenbericht).

Nachdem die Industriepolitik in den vergangenen beiden Jahren bei verschiedenen Gelegenheiten sowohl im Rat (vgl. Schlussfolgerungen vom 29.05.2017, 30.11.2017 und März 2018) und im Europäischen Rat (vgl. Schlussfolgerungen vom März 2018) als auch seitens der Europäischen Kommission („Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie - Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU“ (COM(2017) 479 final) vom 13.09.2017) behandelt wurde, stand das Thema bei dieser Tagung ebenfalls auf der Tagesordnung.

Grundlage der Befassung war der vom österreichischen Vorsitz erstellte Bericht über die Industriepolitik sowie die beschlossenen Schlussfolgerungen zum Thema "Eine künftige Strategie für die Industriepolitik der EU".

Der Bericht nennt ausgewählte Politikbereiche:

- Erschließung des Potenzials der Digitalisierung mit dem Programm "Digitales Europa" 2021-2027,
- Strategisch wichtige Wertschöpfungsketten: der strategische Aktionsplan für Batterien,
- Klima- und Energiepolitik mit Blick auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit: Erörterung der durchgängigen Berücksichtigung
- Förderung von Innovationen durch Schlüsseltechnologien und
- Überarbeitung der Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (sog. REACH-Verordnung) unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit

Vor dem Hintergrund derart verschiedener Themen beansprucht der Wettbewerbsfähigkeitsrat in den Schlussfolgerungen eine effektive Beteiligung bei Vorschlägen, die sich voraussichtlich substantziell auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Es soll ihm eine zentrale Rolle zukommen.

Der ganzheitliche Ansatz drückt sich auch in der Verknüpfung mit der Industriepolitik mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung sowie mit dem Übereinkommen von Paris im Rahmen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) aus. Die Abstimmung mit den Politikbereichen Energie und Umwelt (einschließlich Klimawandel) sei erforderlich.

Außerdem sollen die Arbeiten an einem Mechanismus zur Überwachung der Umsetzung der Strategie für die Industriepolitik der EU sowie der Entwicklungen bei der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie fortgesetzt werden.

Zudem werden wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (Important Projects of Common European Interest, IPCEI) sehr positiv bewertet und an die große Bedeutung der Grundsätze und Leitlinien der besseren Rechtsetzung erinnert. Die Schlussfolgerungen greifen auch die große Bedeutung der finanziellen Unterstützung durch europäische Programme auf.

In der anschließenden Pressekonferenz bezeichnete Frau Dr. Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, als Vertreterin der österreichischen Ratspräsidentschaft die Industrie als einen wesentlichen Pfeiler für die Sicherung des Wohlstandes und der Arbeitsplätze. Sie verwies auf den „Monitoringbericht“, der den aktuellen Stand und zukünftige Entwicklungen ausweisen soll. Nach ihrer Einschätzung kann man Industriepolitik nicht getrennt von KMU und Startups sehen, da es ein Ökosystem bildet, in dem man nur gemeinsam erfolgreich sein

# Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



kann. Es brauche daher einen ganzheitlichen Ansatz.

Für die rumänische Ratspräsidentschaft wurden Schwerpunkte im Bereich der Künstlichen Intelligenz und Robotik sowie der Kreislaufwirtschaft angekündigt. Es ist davon auszugehen, dass die Industriepolitik auch ein Schwerpunkt der neuen Kommission werden wird.

---

Weiterführende Informationen:

Tagung des Rates "Wettbewerbsfähigkeit",  
29./30.11.2018

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2018/11/29-30/>

Sachstand und Zeitplan „Die Industriepolitik der EU“

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/>

Bericht des Vorsitzes über die Industriepolitik –  
Steuerung und durchgängige Berücksichtigung

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14217-2018-INIT/de/pdf>

Schlussfolgerungen zum Thema "Eine künftige  
Strategie für die Industriepolitik der EU"

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14221-2018-INIT/de/pdf>